

Die Neue Stettiner Zeitung wider den norddeutschen Bund.

Die „Neue Stettiner Zeitung“ erklärt in Nr. 119 die von der Regierung vorgelegte Bundesverfassung in der Gestalt, welche die Regierungen ihr zur Zeit gegeben haben, für absolut unannehmbar. Verfehlt sei an ihr nicht mehr und nicht weniger als ihre ganze Grundlage. Nun das ist wenigstens klar und deutlich gesprochen. Die „Neue Stettiner Zeitung“ stellt sich damit offen und unzweifelhaft auf die Seite der Gegner des Grafen v. Bismarck, sie wird mit Polen und Katholiken, mit Partikularisten und Republikanern nach Kräften dahin wirken, daß die Verfassung, wie sie Graf v. Bismarck will und wofür er die Kriege des vorigen Jahres geführt hat, nicht zu Stande komme. Denn diese Verfassung ist nach ihr absolut unannehmbar, d. h. unter keinerlei Umständen, um keinerlei Konzessionen willen einzuführen. Sie stellt sich damit aber auch ebenso offen in die Zahl der Feinde Preußens und Deutschlands.

Denn, wenn es dem Grafen v. Bismarck nach den Erfolgen des vorigen Jahres nicht gelingt, den norddeutschen Bund auf Grund seiner Verfassung zu Stande zu bringen, das übrige Deutschland für den Anschluß bez. Eintritt in diesen Bund zu gewinnen, wem soll es dann überhaupt noch gelingen, Deutschland zu einigen. Oder hält sich der Chef-Redakteur der „Neuen Stettiner Zeitung“ für den Mann, der hiezu befähigt und berufen sei, und dem Deutschland getrost vertrauen könne, wenn aus dem norddeutschen Bunde und seiner Verfassung nichts wird. Möge sich doch die Redaktion der „N. St. Z.“ nicht lächerlich machen vor den Augen der gebildeten Leser, strebe sie doch nicht mit aller Gewalt darnach, in den Denkblättern des „Kladderadatsch“ verewigt, und unter die Ehrenmitglieder der Gesellschaft Uff aufgenommen zu werden.

Die Verfassung, wie sie Graf v. Bismarck vorschlägt, ist also absolut unannehmbar. Setzen wir demnach einmal voraus, die „Neue St. Z.“ bringe mit dieser Ansicht durch, was würde die Folge sein? Die Verfassung und damit der ganze norddeutsche Bund wäre verworfen, die Einigung Deutschlands wäre absolut unmöglich gemacht, die Wünsche Napoleon III. und der Franzosen, die Wünsche des Herrn v. Beust und der Oesterreicher, die Wünsche der Altrossen und der Polen, kurz die Wünsche aller Feinde Deutschlands wären in Erfüllung gegangen, Deutschland wäre und bliebe in seiner Ermächtigt, in seiner Zersplitterung ein Spielball der fremden Nachbarn, der Verachtung des Auslandes Preis gegeben, dem Raube erobertungslustiger Nachbarn eine leichte Beute.

Und solche Ziele wagt die „Neue St. Z.“ öffentlich zu verfolgen und in ihren Leitartikeln zu empfehlen? Hat denn die Redaktion der „Neuen St. Z.“ kein Blut mehr in den Adern, daß ihr nicht die Schamröthe ins Gesicht tritt, wenn sie im Bunde mit des Vaterlandes Feinde so fest gegen die endliche Gestaltung Deutschlands auftritt? Seit 600 Jahren hat Deutschland in Ohnmacht und Zersplitterung gelegen, sind ihm Provinzen auf Provinzen entrissen, ist es im Kampfe der wälschen Nachbarn und der unedischen Habsburger das Schlachtfeld Europas gewesen, sind seine Saaten zertreten, seine Städte verbrannt, seine Kunstschatze geraubt, ist dem deutschen Volke alle Macht, alles Ansehen genommen und aus dem alten Volke der Germanen, welches Europa in Fesseln, die alte Welt in Trümmer schlug, ein Volk von Träumern und Denkern erwachsen, denen über dem langen Jammer alles Gefühl der Selbstständigkeit und der Thatkraft entschwunden ist. Und nun endlich dies Volk aus seinem langen Schlafe erwacht, nun ein Staatsmann voll Thatkraft und Einsicht, nun ein Heldenkönig mit seinen Feldherrn an der Spitze eines sieggelächenden Heeres endlich die Einheit Deutschlands herstellt, und alle Feinde desselben in Achtung gebietende Ferne bannt, da will ein Unglücksrabe im eigenen Lande seine heisere Stimmen erheben, und das Werk der Einigung, die Krönung des Werkes durch die Verfassung für absolut unannehmbar erklären? Gottlob, daß seine Stimme spurlos verhallt, daß seine Zeitung ohne Einfluß ist auf die Geschichte Europas. Ein mitleidiges Achselzucken seiner Freunde, ein spöttisches Lächeln seiner Gegner, das ist die einzige Wirkung seiner Kriegserklärung gegen den Grafen v. Bismarck.

Deutschland.

Berlin, 13. März. Sr. Majestät der König hat an die Wittve des Prof. v. Cornelius folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich habe aus Ihrer Anzeige v. 6. d. M. den Eintritt Ihres Gatten mit aufrichtiger Theilnahme ersehen und bitte Sie, sich in Ihrer tiefen Trauer Meines herzlichsten Beileids versichert zu halten. Die vaterländische Kunst, für die der Berewigte von früher Jugend bis in sein hohes Alter so rastlos und so erfolgreich gewirkt, hat durch den Heimgang des großen Meisters einen schweren Verlust erlitten; — doch seine Werke sind ein dauerndes Zeugniß seines Schaffens und stets wird ihm als einem der Ersten unter den deutschen bildenden Künstlern ein ehrenvolles Gedächtniß gesichert bleiben. Sie aber mögen in Ihrem Schmerz in dem Bewußtsein der Veruhigung finden, wie sehr Sie den Lebensabend des edlen Mannes durch Ihre Treue und Hingebung erhellte und verschönert haben. Wilhelm.“

— Bekanntlich stellen sich bei Aufgabe von Privat-Depeschen auf den Eisenbahn-Stationen die Gebühren etwas höher, als auf

den königlichen Telegraphen-Stationen. Seit Kurzem soll nun, nach der „N. Pr. Ztg.“, die königliche Telegraphen-Direktion mit den Bahnverwaltungen in Unterhandlungen stehen, damit die letzteren ihre Gebühren mit denen der königlichen Telegraphen-Stationen gleich stellen; der Ausfall soll ihnen durch ein Pauschquantum vergütet werden.

— Wie die „N. Pr. Z.“ hört, wird die General-Diskussion im Reichstage heute in jedem Falle geschlossen werden, und dann wird einige Tage Ruhe eintreten, um den verschiedenen Fraktionen Gelegenheit zu verschaffen, sich über ihre Haltung in der Spezial-Diskussion zu verständigen.

— Aus Eberfeld wird von gestern gemeldet, daß die Konservativen sich für die Wahl des Finanzministers v. d. Heydt entschieden haben. (Graf Bismarck hat dort bekanntlich abgelehnt. Die Liberalen wollen den Professor Oneist wählen.)

— Die für 1867 projektierten Festungsbauten werden sobald als möglich in Angriff genommen und sind auf 2,727,000 Thaler veranschlagt. In erster Reihe stehen die Befestigungen der Rheinflüssen.

— Bei der am 11. März c. fortgesetzten Ziehung der 5. Klasse der 148. hannoverschen Lotterie fielen folgende Hauptgewinne: 1000 Thlr. auf Nr. 7181 und 13,636; 400 Thlr. auf Nr. 353, 8161, 8729 und 9803; 200 Thlr. auf 5774, 6218, 10,525 und 13,129; 100 Thlr. auf 4594, 9623, 2315, 128, 4098, 2950, 11,029, 10,402, 4418, 12,287, 12,313, 2498, 8613, 5932 und 9981.

— Aus Stuttgart vom 9. März schreibt man der „Post“: Was bis jetzt im norddeutschen Reichstage geschehen ist, hat dessen Anziehungskraft auf unsere Bevölkerung nur vermehrt. Daß man sich dort möglichst bald an die Hauptaufgabe machen will, findet allgemeinen Beifall. Man erinnert sich auch bei uns noch zu gut, wie das Frankfurter Parlament seine beste Zeit verbrachte, und als dasselbe an die wichtige Angelegenheit kam, es zu spät war. Simons Wahl zum Präsidenten hat ebenfalls einen guten Klang erlitten und wird als Bürgschaft angesehen, als werde daselbst alles Dasjenige durchbringen, was nicht minder zur Festigung der Einheit und Macht Deutschlands, als zur Sicherung besonnener Freiheit dient. Die Wahl des Herzogs von Mecklenburg zum Vizepräsidenten aber schmeichelte Manchen noch, besonders, weil derselbe als Fürst von Hohenlohe-Dehringen unserem Lande näher angehört, zudem auch in Stuttgart geboren ist. Bereits in der Eröffnungssprache des Königs von Preußen wurde die Stelle über eine bald einzutretende nähere Verbindung zwischen Süddeutschland und dem norddeutschen Bunde mit Freuden begrüßt; dasselbe fand Statt, als Herr v. Bismarck in seinen Worten bei Ueberreichung des Verfassungsentwurfs den Anschluß Süddeutschlands in bestimmte Aussicht nahm. Unter sämtlichen verständigen Leuten auch unseres Landes bringt mehr und mehr der Wunsch nach einer baldigen völligen Vereinigung mit dem norddeutschen Bunde durch.

Berlin, 12. März. (Norddeutscher Reichstag.) 11. Sitzung. (Schluß.) Abg. v. Bennigsen (für die Vorlage): Ich muß zunächst von den händverhänigen Verhältnissen und ihrer Beziehung zum norddeutschen Bunde sprechen. Zunächst habe ich mich gefreut, daß der Abg. Münchhausen im Namen der hannoverschen Partikularisten erklärt hat, den Bund fördern zu wollen und ihm nicht mit einem Protest entgegengetreten ist. Er entspricht damit meiner Erwartung; ob auch der seiner Wähler und näheren Freunde, das möchte ich bezweifeln. Wahr ist es, daß der Ausnahmezustand in Hannover von uns schwer empfunden wird, und wenn der Graf v. Bismarck gestern seine Dauer bis zum 1. Oktober in Aussicht stellte, so hoffe ich doch, daß er schon früher anhören wird, wenn seine verbitternde Wirkung nicht weit über den 1. Oktober hinausreichen soll. Ich gebe diese Hoffnung nicht auf, die nur durch das Verhalten der Partikularisten zu Schanden werden kann, und nehme an, daß schon in den einigen Monaten der regelmäßigen Zustand in der händverhänigen Verwaltung wieder eintreten wird. Dabei setze ich aber voraus, daß die höheren Klassen, Abliche wie Bürgerliche, ihre Pflicht gegen ihr engeres Stammland, wie gegen den großen Staat, dem sie jetzt angehören, besser erfüllen, als es bisher geschehen ist. (Sehr gut.) Die Regierung aber möchte ich warnen, den Einfluß dieser Klassen nicht zu überschätzen und nicht irrtwegen Maßregeln zu ergreifen, deren Tragweite über den Ansatz hinausgeht und die Versöhnung auch nach dem 1. Oktober erschwert. Ich wünsche lebhaft, daß sie mit den hannoverschen Abgeordneten bei den nächsten über die Schritte konferieren möge, die zu regelmäßigen Zuständen zurückzuführen. Bei den Wahlen zum Reichstage, bei denen der Abg. v. Münchhausen kein Programm aufstellte, wurde in der ländlichen Bevölkerung Hannovers der Glaube genährt, der Reichstag habe die Aufgabe, die händverhänige Dynastie wieder herzustellen. Der Abg. v. Münchhausen mußte diese Umtriebe kennen; aber weber er, noch seine Freunde sind ihnen darin entgegen getreten und den betreffenden Kreisen steht eine gründliche Enttäuschung bevor. Die Diskussion der letzten Tage hat bewiesen, daß wir uns bedeutend genähert haben und daß ein Scheitern unseres Werkes, das ich niemals fürchtete, unmöglich geworden ist. Es ist weber von Annahme ein bloc noch von Verwerfung der Vorlage die Rede und fast Alle fühlen wir, daß wir die Schuld für ein solches Scheitern nicht auf uns laden dürfen. Was Graf Bismarck gestern in günstigem und förderlichem Sinne für das Gelingen unserer Arbeit sagte, hat er doch ohne Zweifel im Einvernehmen mit der preussischen und den ihr verbündeten Regierungen gesagt. Mit Indignation hat er die Auffassung zurückgewiesen, als sei die Verfassung des Bundes dazu bestimmt, des öffentlichen Recht zu vernichten. Aber die Lücke in Betreff der Rechte des Reichstages besteht fort, man hat nicht die Zeit gehabt, sie auszufüllen, sondern dies der Entwickelungsfähigkeit der Bundesverfassung und der Zukunft überlassen. Die wohlwollende Aufnahme des Bundes bei den europäischen Mächten ist zur Zeit unzweifelhaft, weil sie bisher es vortheilhafter fanden, sich seiner Gründung nicht zu widersetzen. Aber wird diese Stimmung dauern? Dies ist ein starkes Motiv zum raschen Abschluß unseres Werkes. Ebenso wie der Krieg hat dem Auslande das maßvolle und patriotische Verhalten der preussischen Staatsmänner imponirt, die nach dem Siege nicht neue Erfolge der Regierungsgewalt, sondern Innemunität suchten und fanden. Ich zweifelte persönlich nicht daran, habe mich aber doch darüber gefreut, daß auch dem Auslande der durchschlagende Beweis geliefert wurde, daß in Preußen nicht Parteimänner, sondern wahrhafte Staatsmänner regieren. (Beifall.) Graf v. Bismarck wünscht die Verständigung und setzt sie voraus. Er hat die bemerkenswerthe Aeußerung gethan, daß, wenn sie nicht gelingen sollte, er seine Dienste zur Ausnahme-Maßregeln verlagern würde. Wir können also annehmen, daß diesmal nicht vergeblich an dem Werk der deutschen Einigung gearbeitet wird. Aber nicht richtig war seine Gegenüberstellung der unitarischen und partikularistischen Partei in Bezug auf das Budgetrecht, als ob dies Recht eine Forderung des Partikularismus wäre. Wie die Regierung

gen der Präsidialmacht, so haben die Landesvertretungen nur der Vertretung des Bundes Zugeständnisse zu machen, nicht der Regierungsgewalt im Bunde. Was Süddeutschland betrifft, so ist durch die Sturtauer Konferenz der Boden für eine Defensivallianz, ein Schutz- und Trugbündniß bereits gesichert. Der Zollverein wird andere Organe der Verbindung mit dem Norden schaffen und ich würde mich wundern, wenn nicht in wenigen Jahren die süddeutschen Regierungen im Bundesrat, die süddeutschen Abgeordneten auf diesen Bänken sahen. Nordamerika hat sechs Jahre nach dem Kriege an seiner Verfassung gearbeitet; müßten wir nicht an uns verzweifeln, wenn wir nicht in weniger Zeit die Begründung Deutschlands vollendeten? (Lebhafte, allseitige Beifall.)

Abg. Wigard (gegen den Entwurf): Wir haben noch Männer, die sich den gegebenen Thatfachen aus Patriotismus nicht unterwerfen, und es wäre traurig, wenn die akademische Jugend in solchen Grundfragen erzogen würde. Der Verfassungs-Entwurf hat das Uebermensliche geleistet, die Gelehrten der Zukunft werden ihn ankaufen. Er enthält abschätzungsweise den Einheitsstaat, den Bundesstaat, den Staatenbund, den unvertheilten Absolutismus, Klements, gesetzliche Bestimmungen, Kriminalrecht — mehr kann man nicht verlangen. Aber ihm fehlen die Bürgschaften der verantwortlichen Regierung und des gesetzlich mitwirkenden Reichstages. Seine Annahme würde ein Rückschritt sein. Denn er begründet einen Absolutismus, von dem die deutsche Nation bisher nichts gewußt, einen Bund auf ewige Zeiten, der mit dem Süden nur internationale Verträge schließen kann, die Zerreißen Deutschlands in drei Theile. Statt der Grundrechte giebt er Eisenbahntarifs.

Abg. Gebert (für die Vorlage): Ich bin nun schon der dritte Sachse (Heiterkeit), der in dieser Debatte das Wort ergreift, und doch bin ich mit keinem meiner beiden Landsleute einverstanden. Allerdings bin ich der Ansicht, daß wir die gegebenen Verhältnisse, die Zeit, in der wir leben, und die Zukunft, der wir entgegengehen, als Motive betrachten müssen, um den Verfassungs-Entwurf zur praktischen und rechtlichen Geltung zu bringen. Der Herr Graf v. Bismarck haben (Heiterkeit), in seiner gestrigen Rede, die man wohl mit Recht ein politisches Ereigniß nennen kann, Erklärungen gegeben, die ich mit dem innigsten Danke begrüßt habe. Erst von diesem Momente an habe ich mich unter Ihnen heimlich gefühlt. Wir Sachsen waren von Anfang an in einer ganz eigenthümlichen Lage; auf der einen Seite fürchteten wir den Einheitsstaat, auf der anderen Seite andere Gefühle. Unsere Stellung war eine schwierige, unklare und bedenkliche, und die Presse hat bereitwilligst ihr Möglichstes gethan, um uns als einen so recht sächsischen partikularistischen Klub darzustellen. (Große Heiterkeit.) Wir kleines Reichlein Sachsen haben alle ein Gefühl und einen Wunsch, nämlich hier etwas zu Stande zu bringen. Handel, Gewerbe, Industrie, Spekulation, Alles ist ohne Vertrauen, und Alle wünschen einen konsolidirten Zustand, und Alle wollen in dem, was hier geschaffen werden soll, erst Grund zum neuen Nuth fürs neue Leben suchen. Suchen wir zu erlangen, was wir an konstitutionellen Garantien zu erlangen im Stande sind; auch in dieser Beziehung habe ich mit uniger Dankbarkeit die Erklärung des Herrn Grafen Bismarck gehört. Wir müssen dabei jedoch abwägen, welche Verantwortung schwerer ist, wenn wir im Beharren auf solchen Rechten unsere Arbeit nicht fertig machen.

Abg. Heubner (gegen die Vorlage): Das Loos hat es zufällig gefügt, daß abermals ein Sachse jetzt das Wort erhält. Wir Alle hängen mit Liebe an unserem sächsischen Heimathlande, und wir Alle halten fest an konstitutionellen Rechten. Trotzdem aber werden wir einen großen Theil der konstitutionellen Rechte auf den Reichstag übertragen, mit nur so großer Freude, weil die eigene Verfassung Sachsens nicht mehr zu Recht besteht, sondern durch Verfassungsbruch aufgehoben ist. (Beifall links.) Auch ich habe den sehnlichsten Wunsch, daß etwas zu Stande komme, aber ich würde mich in meinem Gewissen gebrängt sehen, dagegen zu stimmen, wenn nicht wesentliche Umgestaltungen und Aenderungen hieran vorgenommen werden. Man muß sich allerdings auf den Boden der Thatfachen stellen, aber festhalten an Rechtsstandpunkt, und von diesem Standpunkt aus darf man die unveräußerlichen Rechte des Volkes nicht leichtfertig Preis geben, um eines bloßen norddeutschen Bundes willen, ich würde es für schmachvoll halten, hier irgend ein Opfer der Freiheit zu bringen. — Redner potentiell sodann gegen die Etablierung der Mainlinie, die eine noch größere Zerreißen Deutschlands herbeiführen kann und meint, daß die Verfassung so eingerichtet werden müsse, daß die Süddeutschen leicht eintreten können.

Die Vertagung der Debatte wird abgelehnt. Abg. Graf v. Galen (für die Vorlage) erklärt, daß er, obwohl er schon an allen Höfen Europas gewesen und dort parlamentarische Reden gehalten habe, doch heute seine Jungferrede halte, die jedoch bei der großen Unruhe des Hauses schwer verständlich ist. Er bekräftigt die Endloc-Annahme und möglichst baldige Erledigung des Entwurfs und erzählt einige Epistolen aus seinem Leben, wodurch er das Haus in eine sehr heitere Stimmung versetzte.

Die Vertagung der Debatte wird nunmehr angenommen. Abg. v. Mallinckrodt zur persönlichen Bemerkung: Gegenüber der Erwiderung des Herrn Grafen v. Bismarck will ich nur die Thatfache anführen, daß das Jahr 1267 fünf Jahre von dem Ende des Interregnums und mehr als 50 Jahre von dessen Anfang entfernt war. Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 13. d. Mts., Vormittags 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der General-Debatte.

Naumburg a. d. S., 11. März. In Folge einer, durch den anhaltenden Regen veranlaßten Schieneneinstellung auf dem Eisenbahndamme zwischen Apolda und Sulza, gerieth gestern Abend um acht Uhr der thüringische Personenzug von Eisenach aus den Schienen. Eine unselige Katastrophe würde zu verzeichnen gewesen sein, wenn der Wagenzug den Damm heruntergerollt wäre, was sicherlich geschehen wäre, wenn nicht die Lokomotive etwas ganz Außerordentliches geleistet hätte. In hüpfender Hast rannte sie neben dem Geleise ein Stück in ganz grader Richtung fort, zertrümmerte einen Balken der nächsten Ueberbrückung und wühlte sich dann in dem Erdboden fest, so daß die Passagiere nur mit dem Schrecken und der Unbequemlichkeit davon kamen, sich eine mehrstündige Versäumniß gefallen lassen zu müssen. Es mußte eine vollständige Räumung der Wagen stattfinden, da die festgefahrene Maschine nicht sofort stott gemacht werden konnte. Ein von Naumburg requirirter Hilfszug nahm die Reisenden, Post- und Eisenbahngüter auf; ein Geschäft, das zur Nachtzeit unter ungünstigem Terrain und Wetter nicht grade angenehm war.

Kassel, 12. März. Die Wahl Weigelt's im Wahlkreise Kassel-Melsungen erscheint gesichert. In Kassel erhielt Weigelt 1299, Trabert 554 Stimmen. Nachrichten aus Melsungen und Landgemeinden melden, daß auch dort der National-Liberale Weigelt siegte. — Professor Pauli ist zum ordentlichen Professor der Philosophie in Marburg ernannt.

Leipzig, 10. März. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der sogenannten „freisinnig-deutschen“ (national-liberalen) Partei wurde ein Antrag des Dr. Hans Blum (Sohn des in Wien erschossenen Robert Blum) genehmigt, demzufolge der

Reichstag in einer Eingabe ersucht werden soll, „vor Allem dahin zu wirken, daß die Einzelkontingente aufgehoben und die Militärpflicht eine wirklich allgemein deutsche werde.“

Umsland.

Wien, 10. März. Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Ungarn ist, soweit darüber Anordnungen feststehen, auf nächsten Dienstag, den 12. d. Mts., bestimmt. Der Aufenthalt des Monarchen in der ungarischen Hauptstadt wird 10 bis 14 Tage dauern. Sr. Majestät wird nicht von seiner Durchlauchtigsten Gemahlin, die durch Gesundheits-Verhältnisse hier zurückgehalten wird, wahrscheinlich aber auch von keinem der eiskaltblütigen und der Reichsminister begleitet sein; selbst Freiherr v. Beust dürfte in Wien zurückbleiben. Die Umgebung des Kaisers werden einzig und allein die Mitglieder des ungarischen Ministeriums bilden. Der Besuch Sr. Majestät der Kaiserin ist einer späteren Zeit vorbehalten und wird vielleicht erst erfolgen, wenn die Krönung Sr. Majestät mit der Krone des heiligen Stephan vollzogen werden soll.

Wien, 10. März. Die Ernennung des Grafen Taaffe und des Freiherrn v. Becke zu Ministern begegnet überall der Deutung, daß sie nur einen interimistischen Charakter hat. Zugleich verlautet, daß der Justizminister v. Komers im Begriffe steht, sich zurückzuziehen und den vakanten Posten eines Ober-Landesgerichts-Präsidenten in Brünn einzunehmen designirt sein soll. Auch der Handelsminister Freiherr v. Wüllerstorff, so gut angeblich seine persönlichen Beziehungen zum Minister-Präsidenten sind, soll seit einigen Tagen als Demissionär anzusehen sein.

Triest, 10. März. Aus Triest erhält die „Wiener Corr.“ von verlässlicher Seite ernste Erinnerungen gegen die optimistisch-extravaganter Mittheilungen über das Befinden der Kaiserin Charlotte, wie sie namentlich von Paris aus verbreitet werden. Eine stetig fortschreitende Besserung in dem Allgemeinbefinden der Kranken besichtigt zwar immer mehr die Hoffnung auf eine gänzliche Genesung, aber die ärztliche Behandlung und die Pflege werden noch längere Zeit ihre Aufgabe nicht vollendet haben. Jene übertriebenen Mittheilungen scheinen glauben machen zu wollen, daß es sich überhaupt nur um ein leichtes und leicht zu bewältigendes Leiden gehandelt habe.

Paris, 10. März. Man hört hier mannigfach die Meinung äußern, daß die Regierungsvorlage, welche für den Dichter Lamartine eine Nationaldotation von 400,000 Frs. fordert, vom gesetzgebenden Körper, wo derselbe nicht viele Freunde zählt, zurückgezogen werden könne. Das Projekt ist des Kaisers eigener Initiative entsprungen, der vor einiger Zeit schon durch zwei vertraute Personen bei dem Dichter anfragen ließ, ob er eine ihm vom Staat angebotene Gabe annehmen werde; Lamartine wollte zuerst wissen, ob seine Besucher ermächtigt seien, ihm eine solche anzubieten, gab indessen, als diese bestimmte Frage verneint worden, gerne seine Zustimmung. Bald darauf wurde ihm in der That eine Jahresrente von 40,000 Francs angetragen, von Lamartine jedoch mit dem Bemerkten zurückgewiesen: er habe höchstens noch zwei Jahre zu leben, das Angebot komme also einer Gabe von 80,000 Francs gleich, mit welcher ihm in keiner Weise gedient sein könne. Der verschuldete Poet verlangte vielmehr eine runde Summe und stand auch nicht an, dieselbe in einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser zu bezeichnen: er hat um 500,000 Francs. Es ist eigenthümlich, daß Napoleon, sonst so freigebig, hier um 100,000 Francs knauferte und eine Vorlage veranlaßte, die für den Dichter nur 400,000 Francs fordert, nachdem er sich vorher von dessen Bereitwilligkeit auch diese Summe anzunehmen vergewissert hatte. Weder mit dieser respektablen Summe, noch mit der geforderten halben Million würde Herr Lamartine vollständig geholfen sein, denn seine Schuldenlast übersteigt bei Weitem zwei Millionen, und dem prächtliebenden Bon vivant ist es bekanntlich nicht gegeben, Geld in seiner Tasche zu behalten. Als Herr Mirès vor einigen Jahren auf dem Gipfel seiner finanziellen Bedeutung stand, machte er Jene eines Tages den Vorschlag, ihm für seine ständigen Bedürfnisse ein Jahreseinkommen von 40- bis 50,000 Frs. zu liefern, daneben mache er sich anheischig, die Verwaltung der lamartineschen Güter in Burgund zu übernehmen und sie ihm nach 6 Jahren vollständig kostenfrei wieder zuzustellen. Lamartine's einzige Antwort war: „Mein lieber Mirès, in meinem Alter läßt man sich keinen Vormund mehr setzen.“

— Der Kaiserliche Prinz, von dem in der letzten Zeit die Journale gar nicht mehr sprechen, soll immer noch lebend sein.

— Unter den 16,000 Mann französischer Truppen, die am 28. Februar von Mexiko abgegangen sind, herrscht das gelbe Fieber. Sie werden deshalb nicht nach Algier gebracht werden. Der Marschall Mac Mahon hat sich dieses verbeten.

London, 10. März. Die Lokomotivführer und Heizer der englischen Bahnen agitiren gegenwärtig für Verkürzung ihrer Arbeitsstunden. Obgleich verhältnismäßig gut bezahlt, sind diese Leute, bei einer Arbeitszeit von 17 Stunden und jeder ungünstigen Witterung exponirt, gegen die große Mehrzahl der arbeitenden Klassen ungünstig gestellt und dürften wohl auf eine Verbesserung Anspruch machen. Die von ihnen angestrebten Steuerungen sind, neben der Verkürzung der Arbeitsstunden, eine Regelung der Lohnsätze und Vergütung der über die reglementsmäßigen Dienststunden hinausgehenden Fahrstunden, so wie ein freier Sonntag für je vierzehn Tage. Wie man hört, repräsentiren die bei der Bewegung interessirten Eisenbahnbeamten ein Korps von 20,000 Mann im vereinigten Königreiche und groß würde die Noth sein, wenn, wie schon angedeutet worden, diese Lokomotivgarde einmal an einem schönen Morgen einmüthig Strike machte.

— Die in Abyssinien gefangen gehaltenen Engländer haben laut den neuesten Berichten aus Massouah noch keine Aussicht auf Erlösung. Kaiser Theodoros befindet sich auf einem Kriegszuge gegen die unabhängigen Stämme im Süden von Habesch, deren Häupter jedoch zu entziehen vermochten. Im Zorn darüber hat Theodoros die Plünderung der alten äthiopischen Hauptstadt Gondar anbefohlen und dieselbe hierauf gänzlich zerstören lassen.

— Die Cholera, die vor etwa 2 Monaten in Port Glasgow, nachdem sie sonst in England gänzlich nachgelassen, mit bedeutender Heftigkeit auftrat und eine ziemlich beträchtliche Anzahl Todesfälle zur Folge gehabt hatte, war seitdem dort wieder verschwunden. In den letzten Tagen hat sich nun neuerdings die Seuche wieder gezeigt und mehrere Opfer gefordert.

Rom, 6. März. Der diesjährige Karneval ist mit dem gefrigen Roccoli-Abende zu Ende gegangen, und zwar eben so

traurig und freudenlos, wie er am 23. Februar begonnen hatte. Alle die Fremden, welche um den römischen Karneval zu sehen, nach Rom gekommen oder dort geblieben waren, haben ihre Erwartungen völlig getäuscht gefunden; denn was diesmal als Karneval von Rom zu schauen war, war nichts als die traurigste Karikatur der einst so heitern und schönen Festlust.

Pommern.

Stettin, 13. März. Die Gesamtkosten des Baues der Wasserleitung belaufen sich nach dem vom Stadtbaurath Hobrecht erstatteten, der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Schlußbericht auf ca. 358,000 Thlr., d. h. ca. 2000 Thlr. über den Anschlag, wobei aber in der Weise über das Programm hinausgegangen ist, daß die tägliche Leistungsfähigkeit des Werkes von 200,000 auf 400,000 Kubikfuß gesteigert ist.

— Wie verlautet, wird die „Pommersdorfer Chemische Produkt-Fabrik“ nach bedeutenden Abschreibungen für das Jahr 1866 eine Dividende von 15 pCt. vertheilen.

— Das reisende Publikum machen wir darauf aufmerksam, daß Gastwirthe, welche gegen Fußgänger Reisende und Gepäck von den Bahnhöfen abholen und nach ihren Gasthöfen fahren lassen, für das Gepäck, resp. Effekten u. dgl. der Reisenden haften müssen. (Siehe Erkenntniß des Kgl. Ober-Tribunals vom 15. März 1864.)

— Zum Besten des hiesigen Taubstummen-Instituts wird Hr. Kettner, Besitzer der „Alhambra“, am nächsten Sonnabend ein großes Konzert und Extravorstellung veranstalten.

— Am 19. d. M., Vormittags von 10 Uhr ab, findet die diesjährige Frühjahrs-Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins des Kreises Rügen, mit der Nachmittags eine Schaffschau verbunden ist, in Bergen statt.

Stettin, 13. März. Die beiden wichtigsten Gegenstände der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung waren die Vorlagen des Magistrats wegen Genehmigung des Projekts in Betreff der Anlage des Centralgüterbahnhofs, sowie wegen Erlangung der Baufreiheit auf der Oberwiel und Besserung der Verkehrsverhältnisse daselbst. Wegen Raummangels können wir das Referat hierüber indessen erst in der nächsten Nummer bringen.

Aus den sonstigen Verhandlungen berichten wir, daß die Vorlagen wegen Genehmigung des Entwurfs zu einem neuen Leich-Reglement nebst Tarif und bezüglich der Kostenbewilligung zur Ausführung der Kirchhofsanlagen von der Tagesordnung abgesetzt werden mußten, da die Vorberatungen der Finanz-Kommission noch nicht zu Ende geblieben waren. Die Versammlung willigte in die Zahlung von 5 Thlr., welchen Betrag die Kaufmannschaft für einmalige Benutzung des Saales der Abendhalle zu Kommissionsstungen liquidirt hat. — Ferner wurde für Avancirte des Füß-Bat des 14. Inf.-Regts. pro Juni bis August v. J. die Zahlung von 69 Thlr. 22 Sgr. Serviciumzuschuß genehmigt, gleichzeitig aber nach dem Antrage der Finanzkommission beschloffen, ähnliche erst nach dem 1. April c. eingehende Anträge nicht weiter zu berücksichtigen. — Zur Unterhaltung der Kinderbewahranstalten wurde aus den Ueberschüssen der Sparkasse auch pro 1867 ein Beitrag von 400 Thlrn. bewilligt, dabei aber die bereits im Jahre 1865 aufgestellte Bedingung erneuert, daß der Vorstand jener Anstalten über die Art und Weise der Verwendung der bewilligten Summe der Stadt gegenüber Rechnung zu legen habe. — Dem Fischer Aug. Gollin in Messenthin wurde für sein auf eine dortige 3 Mg. 71 D.-R. große Ackerparzelle abgegebenes Pachtgebot von jährlich 5 Thlrn. der Zuschlag erteilt. — Ebenso erteilte die Versammlung zur freihändigen Vermietung einer im Messenthiner Forstbaue befindlichen Wohnung gegen eine jährliche Miete von 25 Thln. unter der Bedingung ihre Genehmigung, daß der betreffende Miether (der dortige Förster) die mindestens 7 Thlr. betragenden Kosten einiger notwendiger Reparaturen aus eigenen Mitteln bestreitet. — Der im Jahre 1861 bei der Gas-Anstalt angenommene Büchsenmacher Gesenius ersucht in Rücksicht auf ein Fußleiden, in Folge dessen er angeblich nur in sitzender Stellung Arbeiten verrichten kann, um seine Anstellung im städtischen Dienste und insbesondere Beschäftigung mit schriftlichen Arbeiten, welches Geschäft der Magistrat aber wegen mangelnder Qualifikation des Bittstellers abgelehnt hat. Letzteres geschieht auch Seitens der Versammlung, bei der das Gesuch erneuert worden ist. — Der Magistrat hat eine Uebersicht in Betreff der Verstellungs- und Unterhaltungskosten der hölzernen Pöhlwerke vorgelegt. Nach derselben haben die Kosten des Neubaus in den Jahren 1846 bis 1865 140,328 Thlr. 14 Sgr. 4 Pf., die Unterhaltungskosten 39,096 Thlr. 11 Pf., also jährlich durchschnittlich resp. 7016 Thlr. 12 Sgr. 9 Pf. und 1954 Thlr. 24 Sgr. betragen. Die Uebersicht geht nach genommener Kenntniß zu den Akten.

Uklam, 11. März. Am Sonnabend Abend fiel die unverehelichte Friederike Hoth, als sie in der Dunkelheit aus der Peene Wasser holen wollte, in dieselbe und ertrank. Da sie nicht wieder gefunden wurde, sind zwar Nachforschungen sofort angestellt worden, aber erst heute Morgen ist die Verunglückte in der Peene zwischen Fahrzeugen aufgefunden.

(E i n g e s a n d t.)

Da die Rathswaage am Zimmerplatze nicht mehr gebraucht wird, so beabsichtigt die Stadt dieselbe zu verkaufen. Voraussichtlich wird aber der Verkehr auf der Lastdiele nach Eröffnung des Güter-Bahnhofs jenseits der Parnitz bedeutend steigen und wird eine Erweiterung des Zimmerplatzes, der schon jetzt kaum den genügenden Platz für die Menge der Fuhrwerke bietet, dringend geboten sein. Dieselbe ist aber nur durch Abreißen der Rathswaage und des neben derselben befindlichen Hauses des Herrn August Krüger zu erreichen, und dürfte, wenn einmal die Rathswaage verkauft und dafür neu gebaut ist, sehr bedeutende Mehrkosten verursachen. Wir möchten daher vorschlagen, daß die Stadt die Rathswaage so lange verpachtet, bis der neue Verkehr eingetreten ist und sich übersehen läßt, ob die Erweiterung des Zimmerplatzes nothwendig ist oder nicht.

Bermischtes.

Berlin. Die hiesigen Blätter melden einen neuen Raubmord, welcher am Freitag Abend auf der Prenzlauer Chaussee nahe bei dem Thore verübt worden ist. Die beiden Handelsleute Rosenberg und Ebeling wurden von drei zerlumpten Kerlen überfallen. Sie setzten sich zwar nach Kräften zur Wehre und es entspann sich ein heftiger Kampf; schließlich mußten sie jedoch der Uebermacht unterliegen. Rosenberg sank, von einem tödtlichen Messerstich im Genick getroffen, mit dem Ausrufe: „Ach, meine armen Kinder!“ blutend zu Boden, und auch Ebeling hatte mehrere Messerstiche am Kopf und in den Arm erhalten, die ihn vollständig kampfunfähig machten. Das Rad eines Wagens vertrieb die Räuber, welche noch nicht ermittelt sind. Die im Wagen Befindlichen nahmen die Verwundeten auf. Der Zustand des Rosenbergs soll sehr bedenklich sein.

Aachen, 8. März. Heute früh hat sich am Kohlscheider Bahnhof ein beklagenswerther Unfall zugetragen, der uns folgendermaßen erzählt wird. Der dortige Stationsvorsteher war auf dem Bahnhof thätig, um die Arbeiten seiner Untergebenen zu inspizieren, hatte jedoch seine Brille vergessen. Er begab sich daher über die Schienenstränge nach dem Stationsgebäude zurück, um

dieselbe zu holen. Eben passirte er nun das Haupt-Fahrgeleise, als auf demselben der Nachener Frühzug heranbrauste, den Stationsvorsteher erfaßte, zu Boden warf und über seinen Körper hinwegfuhr. Der Unglückliche wurde buchstäblich in zwei Hälften getheilt, so daß er sofort seinen Geist aufgab; Kopf, ein Arm und ein Bein lagen vom Rumpfe getrennt, auf dem Schienengeleise. Seine Gattin und vier Kinder weinen dem Verunglückten, der sich der allgemeinsten Achtung erfreute, nach und werden ihren Ernährer schmerzlich vermissen. (A. Z.)

Aus Petersburg, 3. März, wird gemeldet: „Als Erldö des ersten hiesigen Balles für die Kreter sind 70,000 Rubel in Athen übergeben worden. Die nächste Aufführung in einem Liebhaber-Theater, die eine Dame, Fürstin . . . dieser Tage in ihrem Hotel zu Gunsten der landwirthschaftlichen Insurgenten veranstaltet, verspricht glänzende Resultate. Ihr wird unmittelbar eine zweite folgen.“

— Einen großartigen Diebstahl hat man in Nischney-Novgorod entdeckt. Es sind nämlich im Laufe der vorigjährigen Navigationszeit nicht weniger als 1 1/2 Million Pud (à 40 Pfund) Salz, im Werthe von ca. 840,000 R. S. aus den dortigen Magazinen entwendet worden. Die Thäter sind entdeckt.

Neueste Nachrichten.

Wien, 12. März, Nachmittags. Die „Wiener Abendpost“ meldet, daß demnächst eine Kaiserliche Entschlebung veröffentlicht werden wird, welche die für den 18. März bestimmte Einberufung des Reichsrathes auf kurze Zeit hinauschiebt, weil die inzwischen erfolgte Auflösung einiger Landtage die Nothwendigkeit dieser Maßregel herausgestellt hat.

Wesb, 12. März, Nachmittags. Der Kaiser wurde am Bahnhof von den Ministern, den Landtagsmitgliedern und einem zahlreichen Publikum empfangen und hielt seinen Einzug unter großem Jubel der Bevölkerung durch die festlich geschmückten Straßen.

Kopenhagen, 12. März, Nachmittags. Nach hier eingetrossener Meldung aus London ist der Zustand der Prinzessin von Wales heute nicht mehr so beforgnißerregend, wie gestern Abend. Die hohe Kranke leidet an starken rheumatischen Schmerzen. Wie in Hofkreisen berichtet wird, hat die Königin Viktoria an die königliche Familie geschrieben, daß die Prinzessin Alexandra ihre Eltern zu sehen wünsche, jedoch nicht ihres Gesundheitszustandes wegen.

Kopenhagen, 12. März, Abends. Morgen wird dem Landsting ein Gesetz bezüglich der Uebernahme der Regentenschaft Seitens des Kronprinzen während der Reise des Königs nach London, vorgelegt werden.

Bukarest, 12. März. Die gestern gemeldete, von Colosco gebildete Ministerliste ist von dem Fürsten abermals nicht bestätigt worden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 12. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Cito, Schmedel; Venus, Ratke von Rügenwalde. Wind: N. Sturm. Strom ausgehend. Revier 15 1/2 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. März. Witterung: leicht bewölkt, etwas Schneefall. Temperatur — 2° R. Nachts — 7° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen anfangs höher, schließt niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber und weißer 82—87 R bez., extrafeiner weißer 88 R bez., geringer 76—81 R bez., 83—85 Pfd. gelber Frühjahr 85, 84 1/2 R bez., 84 1/2 Br. u. Bd., Mai-Juni 84 1/2, 1/2 R bez., Juni-Juli 85, 84 1/2 R bez., Juli-August 84 1/2, 1/4 R bez.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 52—56 1/2 R bez., Stolper Abkablungen 81—82 Pfd. 55 R bez., Frühjahr 53, 52 1/2 R bez., Mai-Juni 53 1/2, 53 1/4 R bez., Juni-Juli 53 1/2, 1/4 R bez.

Gerste und Hafer ohne Umlauf. Rüböl etwas fester, loco 11 1/2 R Br., April-Mai 11 1/2 R bez., u. Br., Mai 11 1/2 R bez., September-Oktober 11 1/2, 1/4 R bez., Br. und Bd.

Spiritus gut behauptet, loco ohne Faß 16 1/2, 1/2 R bez., Frühjahr 16 1/2 R bez., Mai-Juni 16 1/2, 1/2 R bez., 16 1/2 R Br., Juni-Juli 16 1/2 R Br.

Landmarkt.

Weizen 80—87 R, Roggen 51—58 R, Gerste 45—50 R, Erbsen 54—58 R pr. 25 Schfl., Hafer 26—30 R pr. 26 Schfl., Stroh pr. Schock 6—8 R, Heu pr. Str. 25 Sgr. bis 1 R.

Hamburg, 12. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, pr. März 5400 Pfd. netto 149 Banthaler Br., 148 Bd., pr. Frühjahr 145 1/2 Br., 145 Bd., Roggen loco fest, Termine fester, pr. März 5000 Pfd. Brutto 91 Br., 89 Bd., pr. Frühjahr 87 1/2 Br., 87 Bd., Hafer fester gehalten. Del fest, loco 25, pr. Mai 25 1/4, pr. Oktober 26. Spiritus sehr stille, unverändert. Kaffee und Zink ohne Umlauf. — Schneefall.

Amsterdam, 12. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. März 193—194.

Stettin, den 13. März.

Hamburg	6 Tag.	151 1/2 G	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	151 1/2 B	St. Schanzen-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 1/2 G	Pom. Chaussee-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 3/4 bz	St. Strom-V. A.	4	—
"	3 Mt.	6 23 1/4 B	Pr. National-V. A.	4	115 B
Paris	10 Tag.	81 1/2 G	Pr. See-Assecuranz	4	—
"	2 Mt.	—	Pomerania	4	116 B
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	102 B
St. Petersburg	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver. Speicher-A.	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	625 B
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sta.-Anl. 54 57	4 1/2	100 1/4 G	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
"	5	—	Bredower	4	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	Walmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	—	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
"	4	89 1/2 G	St. Dampfschiff-V.	5	—
"	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	82 G
"	4	—	St. Dampfmühle	4	100 B
"	4 1/2	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	95 G	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
"	4	—	St. Kraftdünger-F.	4	—
St. Stadt-O.	4 1/2	93 G	Gemeinn. Bauges.	5	—